

Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

Wir beraten heute einen Haushalt für die Jahre 2019 und 2020. Wer sich an frühere Haushaltplanberatungen erinnert, weiß um die Stunden, die wir in den Ausschüssen verbrachten, wenn es um einzelne Haushaltpositionen ging. Wenn sie die vergangenen Wochen Revue passieren lassen, werden sie feststellen, dass beim Tagesordnungspunkt „Haushalt“ kaum bis gar kein Gesprächsbedarf bestand. Warum es dann Fraktionen gibt, die den Haushalt trotzdem ablehnen wollen, erschließt sich mir nicht. Was hingegen die Wellen hochschlagen lässt, das ist der Stellenplan.

In der Tat bietet der Haushalt, sieht man von den Erhöhungen der Steuern und Abgaben ab, keine Neuigkeiten, die nicht in engem Zusammenhang mit den Projekten stehen, für die es Gott sei Dank breite Mehrheiten bereits im Vorfeld der Haushaltplanberatungen gegeben hat:

- Der Ausbau des Kitaangebots
- Der Bau des Sekundarschulgebäudes
- Die Herstellung eines Kunstrasenplatzes im Eifgen
- Mittel für Maßnahmen im Rahmen des IkeHK
- Planungskosten für ein neues Hallenbad
- Der Bau eines neuen Feuerwehrhauses in Dabringhausen

um nur die wichtigsten Projekte zu nennen.

Wir hören oft in diesen Wochen, wenn es um den Haushalt der Stadt geht, die Klage, wir versündigten uns an den kommenden Generationen, denen wir die Schulden hinterließen. Der Gedanke ist nicht falsch, er unterschlägt aber, dass wir in gleicher Weise eine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, ob jung oder alt, haben, die in unserer Stadt heute und zukünftig leben. Es sind keine Luftschlösser, die wir in den meisten Fällen gemeinsam auf den Weg gebracht haben und noch bringen wollen: Hallenbad, Schulen und Kindertages- und Sportstätten, solche Einrichtungen gehören zu unseren Städten, auch zu Wermelskirchen. Und sie sind kein Luxus, sie gehören zur Grundausstattung einer lebenswerten Stadt.

Diese Worte sind nicht neu, genau so habe ich vor 2 Jahren meine Haushaltrede begonnen und der Inhalt ist im Frühjahr 2019 noch genauso zutreffend wie im Frühjahr 2017.

Die genannten Investitionen stellen eine enorme Belastung des städtischen Haushalts dar und sollen hier nicht kleingeredet werden. Dass sie dennoch trotz der Vorgaben durch das HSK beschließen konnten, verdanken wir einer guten Konjunktur und einer niedrigen Zinspolitik. Das ist nicht unser Verdienst. Für eine Finanzierung kommen wir aber nicht ohne Erhöhungen von Steuern aus. Das haben wir bereits vor Jahren beschlossen und daran müssen wir uns halten. Meine Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen. Wermelskirchen braucht, wenn die Stadt auch in Zukunft in der Konkurrenz mit anderen Kommunen bestehen will, eine öffentliche Infrastruktur, die es für Junge wie Alte, Single wie Familien attraktiv macht, hier zu leben und hierhin zu ziehen. Dabei hängen wir nicht den Blümenträumen von 40.000 Einwohnern nach. Schon zur Sicherung eines moderaten Wachstums auf die Größe von 35.000 Einwohnern sind erhebliche investive und personelle Anstrengungen erforderlich. Wer die 40.000

für die Zukunft unserer Stadt hält, fehlt die Phantasie, welche finanziellen Aufwendungen dafür notwendig sind und welche tiefgreifenden Veränderungen es geben würde, wenn für mehr als 5.000 Menschen zusätzliches Bauland geschaffen werden müsste. Größe ist kein zwingendes Kriterium für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt und erst recht keine Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Haben wir in früheren Jahren über den Haushalt gestritten, so hat sich der Konflikt nun auf den Stellenplan verlagert. Dass der sich verändert, 30 zusätzliche Stellen fordert die Verwaltung, ist folgerichtig. Ohne ausreichendes und qualifiziertes Personal sind die Vorhaben, die ich aufgezählt habe, nicht umzusetzen, von den täglich anfallenden Aufgaben ganz zu schweigen.

Unser früherer Bürgermeister hat sich damit gebrüstet, die Verwaltung verschlankt zu haben und viele, die heute noch in diesem Rat sitzen, haben dem bereitwillig zugestimmt. Diese Altlasten haben wir übernommen. Hier zeigt sich, dass nicht nur Schulden vererbt werden, sondern auch Versäumnisse auf Grund von überzogenen Kostensenkungen, zum Beispiel im Personalbereich. Die Aufgaben, die von der Verwaltung zu bewältigen sind und von denen viele von der Politik verursacht werden, konnten und können ohne zusätzliches Personal nicht und erst recht nicht sachgerecht erledigt werden. Deshalb sind die Personalanforderungen im zur Abstimmung stehenden Stellenplan kaum zu widerlegen. Allein 10 Mitarbeiter für den Rettungsdienst sind notwendig, wenn die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr im Brandschutz verbessert werden soll. Der Kollege Klicki lässt diese Position, immerhin 1/3 der beantragten Stellen, gerne weg, wenn er über den Stellenplan lamentiert. Dabei geht es ihm nicht um die städtischen Finanzen, das ist dem längst begonnenen Wahlkampf um das Bürgermeisteramt im kommenden Jahr geschuldet.

Wir haben seit Jahren als Stadt mit immerhin 35.000 Einwohnern keinen Mitarbeiter, der qualifiziert Archivarbeit betreibt. Wer immer so groß von Heimat und Heimatpflege spricht, der sollte sich klarmachen, dass dazu auch gehört, das Heimatgedächtnis zu pflegen und zu bewahren. Und das ist keine alleinige Aufgabe von Freiberuflern im BGV, das ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde. Das gilt für die kontinuierliche Pflege des Archivgutes wie für die Vorbereitung der 150 Jahrfeier unserer Stadt. Im Interesse einer Mehrheit für den Stellenplan ist meine Fraktion aber bereit, die Stelle eines Archivars erst einmal zu schieben und für die historische Aufarbeitung der 150 Jahr Feierlichkeiten eine Honorarkraft einzustellen.

Dass die Stellen für die Betreuung von Flüchtlingen Kritik hervorrufen würden, das war mir von Anfang an klar. Dabei sind diese Stellen bereits vorhanden, nur zeitlich beschränkt. Wer einmal einen Einblick in die Tätigkeit der Verwaltungsmitarbeiter und –mitarbeiterinnen in diesem Bereich bekommen hat, und das sind vermutlich die wenigsten in diesem Saal, der weiß, dass Integration nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Wir haben einmal in den 70er/80er Jahren in Deutschland den Fehler gemacht, Menschen aus anderen Ländern als Arbeitskräfte in unser Land zu holen und sie sich selbst zu überlassen und keine Anstrengungen zu unternehmen, ihnen beim Hineinwachsen in unsere Gesellschaft zu helfen. Die Folgen sind heute mehr denn je zu spüren, wenn wir die Existenz von Parallelgesellschaften betrachten. Diesen Fehler machen nicht nur Mitglieder dieses Rates, auch der Bundesfinanzminister scheint nicht begriffen zu haben, dass die Kosten für eine schnelle Unterbringung und Versorgung wie 2015 und 2016 zwar gesunken sind, weil sich die Zahl der Flüchtlinge reduziert hat, dass dafür aber die Folgeaufgaben, die im Rahmen der Integration zu leisten sind, zugenommen haben. Und die meisten dieser Aufgaben müssen die Kommunen bewältigen

nach. Und die meisten dieser Aufgaben müssen die Kommunen bewältigen, etwa in Kitas, Schulen und bei der Bereitstellung von Wohnraum. Weil dies gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind und die Kommunen die Orte für die Integration von Geflüchteten sind, ist der Bund mindestens bei der Finanzierung in der Pflicht, ich erwarte von ihm eine Erstattung der in den Kommunen anfallenden Kosten. Damit wir uns nicht falsch verstehen. Ich stehe voll und ganz zu der Unterstützung von Flüchtlingen in unserem Land und in unserer Stadt, auch der Geduldeten, die hier eine Ausbildung machen oder einer Arbeit nachgehen. Dafür brauchen wir die 6 Stellen. (Kompromiss)

Weiteres Personal benötigt die Stadtverwaltung, um die bereits genannten Investitionen in die Infrastruktur stemmen zu können, ohne dass es, wie vor einigen Jahren geschehen, zu systembedingten Fehlern kommt, die die Stadt Hunderttausende kosten. Was die damals Verantwortlichen an der Spitze der Verwaltung durch Kahlschlag in der Verwaltung und Missmanagement verursacht haben, darf sich nicht wiederholen.

Ich muss über die Bedeutung der städtischen Projekte der kommenden Jahre nicht mehr viel sagen. Wir haben darüber ausführlich in den Fachausschüssen gesprochen. Wir haben die Schullandschaft in Wermelskirchen dramatisch verändert und sind jetzt in der Pflicht, die materiellen Bedingungen dafür zu schaffen. Wir wollen mit dem kommunalen Baulandmanagement die Wohnraumentwicklung in unserer Stadt verbessern. Wir sind dabei, die Attraktivität unserer Sportstätten zu verbessern und damit der Konkurrenz der Nachbargemeinden zu widerstehen. Das IKEHK enthält Perspektiven bis 2030, darunter eine engere interkommunale Zusammenarbeit mit Burscheid und Anstöße zu einer Verbesserung unserer verkehrlichen Anbindung an die Rheinschiene und ins bergische Städtedreieck. Alle Maßnahmen sind Bausteine eines Entwicklungskonzeptes, das Wermelskirchen zukunftssicherer macht. Vergessen will ich dabei nicht, dass ein jahrelanges Ringen um einen Lebensmittelmarkt auf dem Loches Platz in diesem Jahr noch erste positive Ergebnisse zeigen wird. Der Bau des Jugendfreizeitparks, der von der sogenannten bürgerlichen Mehrheit lange abgelehnt wurde, rückt näher. Die meisten Projekte wurden und werden von einer breiten Mehrheit getragen. Das ist gut so.

Es sind diese Perspektiven, die meine Fraktion veranlassen, dem Haushaltplan wie dem Stellenplan in der jetzt vorliegenden Fassung zuzustimmen. Ich vermute, es ist ein frommer Wunsch, wenn ich hoffe, dass wir es auch in den kommenden Monaten bis zur Kommunalwahl 2020 schaffen, die Sacharbeit und die Fähigkeit zu sinnvollen Kompromissen und überzeugenden Mehrheiten vor den Wahlkampf stellen. Ich schließe mit dem Dank meiner Fraktion an die Verwaltung für die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung wie -beratung geleistete Arbeit.